

wurde die lange andauernde, völlige Ablehnung des Friedensprozesses durch den Likud und die kleineren rechten bzw. religiösen Parteien durch ihre Wählerklientel in der israelisch-arabischen Bevölkerung in keiner Weise geschätzt. Per Saldo war das machtpolitisch entscheidende Ergebnis der Knessetwahl der *Verlust der Sperrmajorität von 61 Sitzen*, über die das linke zusammen mit dem arabischen Lager in der letzten Knesset verfügte. In den vergangenen vier Jahren war daher eine Regierungsbildung gegen den Willen der Arbeitspartei politisch nicht möglich. Der strategische Verlust fällt sogar noch deutlicher aus, wenn bedacht wird: Die Mandatszahlen des linken Lagers für 1996 enthalten auch vier Knessetsitze, die auf den „*Dritten Weg*“ entfallen sind. Hierbei handelt es sich um die Partei sicherheitspolitischer Falken, die sich im Streit über die Golanfrage während des vergangenen Jahres von der Arbeitspartei abgespalten haben. Nach relativ problemlosen Koalitionsverhandlungen ist die Partei der Regierung Netanjahu beigetreten.

Aufgrund der neuen Mehrheitsverhältnisse gelang Netanjahu eine der *schnellsten Regierungsbildungen* in der israelischen Parlamentsgeschichte. Die Hoffnungen, die mit den Grundgesetzänderungen verbunden waren, haben sich insoweit erfüllt. Allerdings hielten sich gerade die religiösen Parteien mit ihren religionspolitischen Forderungen stärker zurück, als es z. B. 1988 bei einer ähnlichen Ausgangslage der Fall war. Wichtiger war für sie der Zugriff auf bestimmte Ministerien und den damit verbundenen Budgetmitteln, die für ihre Wählerklientel von erheblicher ökonomischer Bedeutung sind.

Langfristig bedenklich ist die *zunehmende Amalgamierung des religiösen und des nationalen Lagers*. Der Besitz des Westjordanlandes wird den nicht nur, wie bisher, von den säkularen Nationalisten und den modern-orthodoxen Nationalreligiösen ideologisch überhöht, sondern zunehmend auch von den strengreligiösen („charedischen“) Gruppierungen, die historisch an diesen Fragen eher desinteressiert waren. Die zuneh-

mende ideologische Nähe des nationalen und des strengreligiösen Lagers zeigte sich schon während der Amtszeit Rabins.

Die Labilität im Nahen Osten hat jedenfalls aufgrund des israelischen Wahlausgangs wieder zugenommen. Langfristige Prognosen sind daher kaum möglich. Am wahrscheinlichsten ist die formale Fortsetzung der Nahost-Verhandlungen, ohne daß aber in der Sache wesentliche Fortschritte erzielt werden. Nicht auszuschließen ist aber auch, daß es zu einer *erneuten Eskalation* kommt. Zum einen könnte es in den Palästinensergebieten zu einer sozialen Explosion, einer zweiten „Intifada“, kommen. Die sozio-ökonomische Lage in der West Bank und im Gazastreifen ist nach wie vor miserabel. Aufgrund der langen Abriegelung der Gebiete hat sie sich sogar weiter verschärft. Netanjahu kündigte zwar an, daß er die Absperrung der Autonomiegebiete lockern möchte und einen freien Waren- und Personenverkehr im „Land Israel“ wünscht. Angesichts der wieder wachsenden politischen Hoffnungslosigkeit könnten aber leichte Verbesserungen nicht mehr ausreichen bzw. zu spät kommen. Zum Auslöser für mögliche palästinensische Proteste könnten die von der israelischen Regierung geplanten Bauvorhaben in den besetzten Gebieten werden.

Zum anderen könnten versprengte Hamas-Aktivisten oder Hizbullah-Kämpfer erneut *spektakuläre Anschläge* gegen zivile Ziele in Israel oder israelische Soldaten im Südlibanon verüben. Da ein besonderer Schwerpunkt in Netanjahus Wahlkampf sein Versprechen war, „Frieden mit Sicherheit“ zu schaffen, könnten erfolgreiche Terroranschläge den israelischen Regierungschef unter massiven Handlungsdruck setzen. Israelische Gegenschläge und Vergeltungsmaßnahmen könnten dann, wie im vergangenen April im Südlibanon, eskalieren. Der Wiedereinmarsch israelischer Truppen oder israelische Kommandounternehmen in den palästinensischen Autonomiegebieten würden aber den Nahost-Friedensprozess völlig zum Erliegen bringen.

Aribert Ziegler

„Der Einheit Gestalt geben“

#335 Ein Gespräch mit Konrad Raiser, dem Generalsekretär des ÖRK

Bei seiner Achten Vollversammlung 1998 in Harare wird der Ökumenische Rat der Kirchen zugleich sein 50jähriges Jubiläum begehen. In Vorbereitung darauf hat sich der Rat in einen umfassenden Reflexionsprozeß über sein Selbstverständnis und die spezifische Aufgabe des ÖRK innerhalb der ökumenischen Bewegung begeben. Darüber sprachen wir mit ÖRK-Generalsekretär Konrad Raiser. Die Fragen stellte Alexander Foitzik.

HK: Herr Dr. Raiser, der Ökumenische Rat der Kirchen befindet sich mitten in den Vorbereitungen auf seine Achte Vollversammlung, mit der er zugleich sein 50jähriges Jubiläum begehen wird. Welches sind die markantesten Veränderungen, vergleicht man den ÖRK in der Gründungsphase mit seiner heutigen Gestalt?

Raiser: Der Ökumenische Rat ist von 147 Kirchen gegründet worden, die in ihrer überwältigenden Mehrzahl aus Europa und Nordamerika kamen. Unter den Gründungsmitgliedern überwogen mit großer Mehrheit die protestantischen Kirchen, nur wenige orthodoxe Kirchen befanden sich darunter. Besonders waren es fast ausschließlich historische Kirchen, also

solche mit einer alten christlichen Tradition. Heute ist der Rat fast dreimal so groß, die Mehrzahl seiner Mitgliedskirchen befindet sich in der südlichen Hemisphäre. Sämtliche orthodoxe Kirchen, die östlichen und die orientalischen, sind Mitglieder, ebenso wie eine wachsende Zahl von Pfingstkirchen und den sogenannten afrikanisch-unabhängigen Kirchen.

HK: Das Ende der europäisch-amerikanischen Dominanz konnte nicht ohne Auswirkungen auf Arbeitsweise und Themen des Ökumenischen Rates bleiben. Haben die spezifischen Erfahrungen und Lebensweisen der Kirchen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas aber schon ausreichend Platz im ÖRK erhalten?

Raiser: Diese Veränderung hat in den letzten dreißig Jahren den Charakter des Ökumenischen Rates sehr stark geprägt. Wir können heute die gesamte Periode seit 1966 mit der entscheidenden Genfer „Konferenz für Kirche und Gesellschaft“ gut überblicken: die Zeit der Anfänge einer Befreiungstheologie, der Befreiungskämpfe im südlichen Afrika, des Kampfes gegen den Rassismus, der Entwicklungsprogramme, auch die Zeit der Frauenbewegung. In seiner Arbeit und seinen Methoden hat sich der Ökumenische Rat so stark an der Lebenssituation, an Praxis und Dienst der Kirchen in der südlichen Hemisphäre orientiert, daß in zunehmenden Maße aus den alten europäischen und amerikanischen Kirchen die Kritik kam, der Rat habe seine eigene Bestimmung verlassen und sei zu einer anderen UNO geworden. Diese Kritik verkennt jedoch völlig die Qualität dieser Neuorientierung. Es handelt sich nicht einfach um eine politisch soziale Veränderung, sondern um den Versuch, das Profil des gemeinsamen christlichen Zeugnisses angesichts der Lebenssituation der Kirchen und Christen in der Dritten Welt neu zu verstehen.

„Wir müssen zu neuen Formen korporativer Mitgliedschaft gelangen“

HK: Nach wie vor beantragen Kirchen die Mitgliedschaft im ÖRK. Kann die Zahl der Mitgliedskirchen weiterwachsen, ohne den Rat in seiner Arbeit zu beeinträchtigen? Wie aber lassen sich umgekehrt Grenzen ziehen?

Raiser: Grenzenloses Wachstum ist auch für den ÖRK sicherlich keine sinnvolle Option. Zumal dann nicht, wenn man sich vergegenwärtigt, daß manche der kleinen Kirchen, die um Aufnahme in den Ökumenischen Rat der Kirchen nachsuchen, das Ergebnis einer immer weiteren Aufgliederung von ehemals größeren Kirchen sind. Der Ökumenische Rat darf nicht in Gefahr geraten, letztlich – ohne dies zu wollen – einer kirchlichen Vervielfältigung Vorschub zu leisten, statt die sichtbare Einheit der Kirchen zu fördern. Langfristig müssen wir dahinkommen, daß die Art und Form, wie die Kirchen ihre Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat wahrnehmen, ein Spiegel des Grades von Gemeinschaft ist, den sie in ihrem jeweiligen Land untereinander haben.

HK: Welche konkreten Modelle und Vorbilder einer solchen Mitgliedschaft bieten sich hier an?

Raiser: Zwischen den Kirchen der reformatorischen Tradition in Europa – Methodisten, Waldenser u. a. eingeschlossen – besteht heute faktische, beziehungsweise ausdrücklich erklärte Kirchengemeinschaft im Rahmen der Leuenberger Konkordie. Diese Kirchen sind in eine qualitativ veränderte Beziehung zueinander getreten. Sie haben Abendmahlsgemeinschaft, Gemeinschaft der Ämter, Austauschbarkeit ihrer Pastoren und pflegen intensive zwischenkirchliche Beziehungen. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich auch bei den großen Kirchen der reformatorischen Tradition in den USA ab. Daß diese Kirchen im Ökumenischen Rat nach wie vor als Einzelkirchen vertreten sind, ohne daß ihr Verhältnis zueinander in irgend einer Weise ins Spiel kommt, ist eigentlich widersinnig. Im Grunde ist es auch kein erstrebenswerter Zustand, daß die dreißig oder vierzig Kirchen der protestantischen, lutherischen und reformierten Tradition in Indonesien alle einzeln Mitglieder im Rat sind, während beispielsweise die über 20 schweizerischen Kantonalkirchen oder die über 20 Landeskirchen in Deutschland als Gruppe Mitglieder sind. Wir müssen zu neuen Formen von korporativer Mitgliedschaft gelangen, die es auch den kleinen Kirchen, die bisher an der Mindestgröße für die Aufnahme scheitern, ermöglichen, als Teil eines Verbundes Mitglied zu werden.

HK: Die Frage nach neuen Formen der Mitgliedschaft ist nur ein Aspekt einer aktuell geführten, auch grundlegende ekklesiologische und theologische Fragen aufwerfenden Diskussion über die Bedeutung der ÖRK-Mitgliedschaft. Die Mitgliedskirchen haben recht unterschiedliche Vorstellungen über ihre Zugehörigkeit zum Ökumenischen Rat. Ab wann werden solche Differenzen für das Zusammenleben in der „Gemeinschaft der Kirchen“ problematisch?

Raiser: Wir befinden uns da in einem sehr interessanten Diskussionsprozeß, der für einige der Mitgliedskirchen sehr überraschend kam. Sie sehen sich plötzlich mit einer Frage konfrontiert, der sie sich bisher noch nicht gestellt haben: die Frage nach den Verpflichtungen, die die Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat enthält. Es ist manchen Mitgliedskirchen in dieser Deutlichkeit nicht bewußt gewesen, daß sich aus der Mitgliedschaft nicht nur Rechte und legitime Erwartungen an den Rat ergeben, sondern auch Verpflichtungen, die die Kirchen füreinander und untereinander übernehmen. Viele haben sich dem Ökumenischen Rat angeschlossen, um in den Genuß zwischenkirchlicher Unterstützung zu kommen, um Kontakte zu finden. Dabei schien ihnen nicht bewußt zu sein, daß sie einer wechselseitig verpflichtenden, sich wechselseitig Rechenschaft schuldenden Gemeinschaft angehören.

HK: Es fehlt doch aber nicht an auch schriftlich festgelegten Prinzipien, die eine solche Verbindlichkeit unterstreichen...

Raiser: Diese Anforderungen sind zwar immer wieder in den Grundlagenpapieren des ÖRK formuliert worden, etwa das

sogenannte „Lund-Prinzip“ der Dritten Weltkonferenz für Glaube und Kirchenverfassung: alle Kirchen sollten all das gemeinsam tun, was sie nicht aus zwingenden Gründen ihrer je eigenen Überzeugung getrennt tun müssen. Solche Prinzipien werden zwar immer beschworen. Nur die Kirchen übernehmen mit ihrer Mitgliedschaft diese Verpflichtung nicht wirklich. Insofern nötigt die begonnene Diskussion zur Selbstprüfung: Sind die Kirchen bereit, sich mit solchen, weitgehenden Erwartungen konfrontieren und auch daran messen zu lassen? Die Kirchen müssen sich fragen, ob sie im Ökumenischen Rat nur ein funktionales Instrument, eine Zweckorganisation sehen, die gemeinsame Interessen vertritt, die den legitimen Interessen der einzelnen Mitgliedskirchen dient, die diese Grenzen aber auch nicht überschreiten darf.

HK: Das Thema verpflichtende Mitgliedschaft berührt einen noch weitergehenden Selbstverständigungs- und Klärungsprozeß, in den sich der Rat auf dem Weg nach Harare begeben hat – die Suche nach einem „gemeinsamen Verständnis und einer gemeinsamen Vision“ des Ökumenischen Rates. Was hat den ÖRK 1989 eigentlich zum Start eines so grundlegenden Studienprozesses veranlaßt?

Raiser: Auf der einen Seite sah man damals in einer der gegenwärtigen Situation vergleichbaren Lage die Notwendigkeit, sich Rechenschaft zu geben über Tauglichkeit und Dauerhaftigkeit der Strukturen des Ökumenischen Rates. Mit dem Beschluß, eine Reorganisation der programmatischen Arbeit des ÖRK vorzunehmen, wurde aber auch deutlich, daß dies nur möglich ist, wenn gleichzeitig eine Verständigung über den Zweck erfolgt, dem der Rat dient, eine Verständigung über seine *raison d'être*. Deshalb wurde der Generalsekretär beauftragt, einen solchen Reflexionsprozeß in Gang zu setzen. Dazu wurden zunächst die Kirchen befragt, was sie denn vom Ökumenischen Rat erwarten, wie sie diesen verstehen. Wir mußten jedoch erfahren, daß die Mitgliedskirchen nur sehr zögerlich und sehr unbefriedigend antworteten, daß sie sich offenbar diese Fragen in der Form nicht stellen.

„Es gibt nur eine ökumenische Bewegung“

HK: Wie läßt sich diese enttäuschende Resonanz auf Fragen erklären, die doch einen zentralen Nerv der ÖRK-Mitgliedschaft berühren?

Raiser: Die Fragestellung war für die Mitgliedskirchen zu sehr auf den ÖRK als Institution bezogen; daher mußten wir umdenken. Es gibt ja in den Verfassungsdokumenten des Ökumenischen Rates ein offizielles Verständnis und es gibt einige Auslegungsdokumente wie die sogenannte „Toronto-Erklärung“ von 1950. Die Frage ist nur, ob das in diesen Dokumenten offiziell formulierte Selbstverständnis eigentlich der Realität entspricht, wo es weiterentwickelt und präzisiert werden müßte, um der Realität näher zu kommen. Von da-

her verschob sich der Prozeß von einer Befragung der Mitglieder zur aktualisierten Auslegung und gegebenenfalls Weiterentwicklung dessen, was bereits in den Dokumenten enthalten ist.

HK: Dabei haben Sie mehrfach darauf verwiesen, daß die Frage nach einem gemeinsamen Verständnis und einer gemeinsamen Vision des ÖRK nicht von der weitergehenden Frage nach dem Weg der ökumenischen Bewegung insgesamt losgelöst werden dürfe...

Raiser: Wir können über den Ökumenischen Rat und seine Aufgaben nicht sprechen, ohne uns zu vergegenwärtigen, daß dieser heute nur ein Teil eines sehr komplexen Netzes ökumenischer Aktivitäten, Organisationen und Institutionen ist, die es mehrheitlich zur Zeit der Gründung des Rates noch nicht gegeben hat. Damals war der Ökumenische Rat eine Organisation *sui generis*. Heute existiert eine Vielzahl ökumenischer Organisationen, auf nationaler und regionaler Ebene. Es gibt die konfessionellen Weltbünde, die stark an Bedeutung gewonnen haben, die Bibelgesellschaften, ökumenische Jugendorganisationen, den christlichen Studentenveltbund, usw. Daher stellt sich jetzt besonders die Frage nach der spezifischen Rolle des Rates in diesem ökumenischen Umfeld, das in zunehmendem Maß von potentieller Konkurrenz angesichts enger werdender Finanzspielräume gekennzeichnet ist.

HK: Wie läßt sich eine solche Konkurrenzsituation vermeiden? Was ist überhaupt so problematisch an dieser Vielfalt und Vielzahl ökumenischer Organisationen? Stehen sie sich gegenseitig im Weg?

Raiser: Wir sollten nicht zulassen, daß die eine ökumenische Bewegung durch Prozesse fehlender Koordination und potentieller Konkurrenz sich auseinanderdividieren läßt. Es ist eines der kostbaren Ergebnisse des frühen Gespräches zwischen dem Ökumenischen Rat und der katholischen Kirche, daß festgehalten wurde, daß es nur *eine* ökumenische Bewegung gibt: Es gibt keinen katholischen, ebenso keinen protestantischen oder orthodoxen Ökumenismus. Wohl lassen sich katholische ökumenische Prinzipien unterscheiden von einem protestantischen Ansatz. Es gibt aber nur eine ökumenische Bewegung, der alle mit durchaus unterschiedlichen Charismen dienen und von der die Kirchen überzeugt sind, daß sie im letzten eine Bewegung des Heiligen Geistes ist.

HK: Soll aber der ÖRK auch in Zukunft innerhalb der Vielfalt der ökumenischen Organisationen ein „besonderes Instrument“ der einen ökumenischen Bewegung bleiben? Wenn ja, wie kann er diesem Anspruch gerecht werden?

Raiser: Ich bin davon überzeugt, daß der Ökumenische Rat nach wie vor die repräsentativste unter allen ökumenischen Organisationen ist und daher bereit sein muß, für die Kohärenz, den Zusammenhalt und damit auch die gemeinsame Zielausrichtung der ökumenischen Bewegung Verantwortung zu übernehmen. Heute existieren sehr unter-

schiedliche Vorstellungen davon, was Inhalt und Ziel der Ökumene ist. Für die einen besteht dieses Ziel ausschließlich in dem Bemühen um die sichtbare Herstellung der Einheit der Kirchen, der Christen. Alle anderen Inhalte gelten bestenfalls als Ableitungen von diesem Ziel. Für andere bleibt der Einsatz für Menschenrechte, Gerechtigkeit und Frieden in der ökumenischen Bewegung als einer der ältesten Friedensbewegungen die entscheidende Bestimmung. Für wieder andere ist Ökumene ohne das Gespräch zwischen den Weltreligionen schlechterdings nicht mehr denkbar.

„Klären, was den Inhalt des ökumenischen Engagements heute ausmacht“

HK: Schließen sich diese unterschiedlichen Zielorientierungen denn wirklich aus oder können sie nicht auch versöhnt nebeneinander stehen?

Raiser: Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem wir Gefahr laufen, auch in unserem Verständnis von Ökumene gegenläufig oder mit wechselseitigen Ausschließlichkeiten zu arbeiten. Wir stehen in Gefahr, uns gegenseitig normative Fixierungen von Ökumene wechselseitig kritisch vorzulegen und zu definieren, wer noch dazu gehört und wer nicht. Dies kann aber nicht Ökumene sein. Können wir es zulassen, daß eine Bewegung, der es um die Wiederherstellung wirklicher Katholizität geht, also um die Fülle der christlichen Gemeinschaft, sich mit solchen wechselseitigen Ausschlüssen belegt? Schon die Tatsache, daß der Begriff „ökumenisch“ zur Parteibezeichnung, zur Abgrenzung gegenüber den „Evangelikalen“ dient und ökumenisch im Sinne von liberal und evangelikal von konservativ verstanden wird, ist widersinnig. Wegen dieser Gefahr darf die Suche nach einem gemeinsamen Verständnis des Ökumenischen Rates nicht auf sein institutionelles Selbstverständnis begrenzt werden. Sie muß ausgeweitet werden auf das Verständnis der Zielrichtung der ökumenischen Bewegung beim Übergang ins 21. Jahrhundert.

HK: Innerhalb der ökumenischen Bewegung scheint nicht nur die Vielzahl der unterschiedlichen Ausrichtungen und Zielbestimmungen problematisch zu sein. Seit einigen Jahren schon ist viel von Stillstand, Resignation und Lähmungserscheinungen die Rede, wenn das Thema Ökumene zur Sprache kommt. Wo steht derzeit der ökumenische Prozeß auf der Suche nach sichtbarer Einheit und Gemeinschaft der Christen?

Raiser: Es gibt zur Resignation überhaupt keinen Anlaß. Vergleicht man das Miteinander der Kirchen heute mit der Situation in der Zeit der Gründung des Ökumenischen Rates, sieht man, welche enormen qualitativen Veränderungen stattgefunden haben, die nicht mehr rückgängig zu machen sind. Die Kirchen stehen heute einander nicht mehr als Fremde gegenüber, die eifersüchtig auf die Grenzziehung zwischen ihren Gemeinschaften wachen. Sie sind unwiderfürlich hineingewachsen in eine größere Gemeinschaft, die

sich nährt aus einer allmählich reichen Erfahrung gemeinsamen Lebens, gemeinsamen Zeugnisses, gemeinsamen Handelns, gemeinsamer Verantwortung. Gewiß sind nicht alle Fragen, die trennend zwischen den einzelnen christlichen Traditionen stehen, gelöst. Aber es hat sich zwischen den Kirchen etwas vollzogen, was als Werk des Heiligen Geistes auch wirklich anerkannt werden sollte.

HK: Welche Konsequenzen für die ökumenische Arbeit selbst, welche Aufgaben für die ökumenische Bewegung ergeben sich mit dieser veränderten Blickrichtung, die sich auf das schon erlangte Gemeinsame konzentriert und weniger auf das noch Trennende?

Raiser: Ich bin überzeugt, daß diese Aufgaben immer weniger im klassischen ökumenischen Bereich, dem Dialog zwischen den Kirchen liegen. Gewiß, dieser Dialog muß weitergeführt werden und es gibt noch vieles, worüber notwendig geredet werden muß. Aber es gibt – und dies ist mittlerweile auch päpstlich beglaubigt – eben viel mehr, was uns vereint, als was uns trennt. Wir haben den Punkt erreicht, an dem wir uns zugestehen können, daß eine ausreichende Basis für die sichtbare Gemeinschaft der Kirchen geschaffen ist. Die neuen Aufgabenfelder für den ökumenischen Dialog ergeben sich mit den sich rasant vollziehenden kulturellen und gesellschaftlichen Veränderungen, die sich in der Welt um uns herum vollziehen, die Ort und Gestalt der christlichen Kirche nachhaltig bestimmen werden.

HK: Ändern sich mit der Aufgabenstellung auch die Träger des ökumenischen Prozesses, nachdem der Ökumenismus der Lehrdialoge vor allem Sache der Kirchenleitungen und der von diesen beauftragten Theologen war?

Raiser: Ich bin mir zumindest nicht sicher, ob die traditionellen Träger, die die ökumenische Tagesordnung in den letzten 25 Jahren bestimmt haben, auch künftig diese zentrale Rolle spielen werden. Die Einwanderung der Ökumene in die kirchlichen Strukturen war ein ganz wichtiger, notwendiger und nicht mehr rückgängig zu machender Prozeß. Daß gerade auf katholischer Seite die ökumenische Bildung und Ausbildung etwa in der Priesterausbildung so zentral verankert wurde, ist ein ganz entscheidender Fortschritt. Der Ökumenische Rat wird vermutlich mit seinen Mitgliedskirchen noch sehr viel intensiver an der Nachwuchsausbildung, an der Heranbildung von ökumenischen Führungskräften arbeiten müssen. Dieses Feld wurde in vielen Kirchen zu lange vernachlässigt. Zugleich wird sich aber der Gestaltwandel in den Kirchen selbst vor allem unter den Impulsen der Laien vollziehen. Von daher treten wir möglicherweise in eine Periode der sehr viel bewußteren Laienverantwortung für die Ökumene ein. Die Ökumenische Bewegung, die im Ökumenischen Rat der Kirchen Gestalt gewonnen hat, war ja auch in ihren Anfangszeiten eine sehr selbstbewußte, von Laien geprägte Bewegung, die sich durchaus auch gewisse Distanz zu den kirchlichen Zentralen bewahrte. Dies ist in den letzten zwanzig Jahren in den Hintergrund getreten.

HK: Für diese Entwicklung wurde das Schlagwort von der „Klerikalisierung“ der Ökumenischen Bewegung geprägt. Teilen Sie diese Einschätzung?

Raiser: Dieses Urteil ist sicherlich zu negativ, denn es ist durchaus erfreulich, wenn die Ökumene von allen in den Kirchenleitungen Verantwortlichen wirklich wahrgenommen wird. Daß es aber bei dieser stark auf die institutionelle Leitungsebene ausgerichteten Ökumene nicht bleiben kann, steht außer Frage. Dies gilt um so mehr in einer Zeit, in der viele kirchliche Institutionen in ihrem Bestand gefährdet sind und von daher eine Tendenz zu defensiven Reaktionen besteht. Wir brauchen so etwas wie ein Netz von Zellen ökumenisch lebender, Ökumene im Alltag praktizierender Gemeinschaften. Es muß das Bewußtsein wiedergewonnen werden dafür, daß die Ökumene mit einer entschieden übernommenen Verpflichtung verbunden ist und daß diese Verpflichtung auch Gestalt gewinnen muß in verschiedenen, auch neuen Formen christlicher Existenz.

HK: Soll also nicht eine ganz andere, sondern eine breitere Trägerschicht als bisher den Ökumenismus des nächsten Jahrhunderts prägen?

Raiser: Auch hier, bezüglich der Träger, wäre es ein Fehler, in Alternativen zu denken, die eine Trägergruppe gegen eine mögliche andere auszuspielen. Es wird weiterhin eine Form oder Formen des disziplinierten theologischen Dialogs geben. Methoden, Formen und Themenstellungen der theologischen Dialoge werden immer wieder neu zu bedenken und weiterzuentwickeln sein. Daneben gibt es völlig legitim die Ökumene der spirituellen Begegnung, des geistlichen Austausches sowie die Ökumene des gemeinsamen Lebenszeugnisses. Letztere können dabei nicht einfach dem theologischen Dialog untergeordnet werden, so als seien die Theologen die einzigen legitimen Vertreter der Kirche. Vielleicht haben wir in den vergangenen 20 Jahren zu stark die Einheit der Kirche als Einheit der Lehre verstanden und daneben die Einheit im lebendigen Zeugnis und die Einheit in der geistlichen Praxis vernachlässigt.

HK: Inwieweit tangiert der Selbstverständigungsprozeß über Wesen und Aufgabe des Ökumenischen Rates auch seine Beziehung zur römisch-katholischen Kirche? Bedarf es für die mittlerweile so vielfältige Zusammenarbeit zwischen Genf und Rom auch neuer organisatorischer Formen?

Raiser: Es wurden ja viele organisatorische Formen ausprobiert. Für keine der beiden Seite ist derzeit eine engere organisatorische Verklammerung möglich, ohne daß die gewachsene Identität in Frage gestellt würde. Dabei ist es durchaus legitim zu fragen, ob es ökumenisch ein Gewinn wäre, wenn wir den Ökumenischen Rat in seiner in 50 Jahren gewachsenen Gestalt und seinem eigenen Profil aufgeben oder in Frage stellen sollten, um organisatorisch ein größeres Maß an Gemeinsamkeit mit der römisch-katholischen Kirche zu erreichen. Der Fortschritt, den der Beitritt der katholischen Kirche zu ökumenischen Organisationen auf nationaler Ebene gebracht hat, ist zu begrüßen; aber ich kann mich

bisher nicht davon überzeugen, daß mit diesem Beitritt qualitativ grundlegende Veränderungen geschaffen wurden, an denen wir als Ökumenischer Rat nicht teilhätten. Der Rat befindet sich in enger Zusammenarbeit mit dem Vatikan und nimmt Anteil am lebendigen Austausch zwischen den lokalen katholischen Kirchen und den Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates.

„In entscheidenden Fragen keine Schritte ohne Konsultation mit den anderen planen“

HK: Ist demnach die Frage nach Mitgliedschaft der katholischen Kirche im ÖRK und organisatorischen Strukturen gegenüber der konkreten Zusammenarbeit von nachrangiger Bedeutung?

Raiser: Sie bleibt zweitrangig, solange eine Verständigung darüber möglich ist, in welche Richtung die Zusammenarbeit geht. Dann können wir koordiniert und gleichzeitig doch eigenverantwortlich arbeiten. Unter allen Umständen sollten wir vermeiden, ist, daß wir uns in eine Konkurrenzsituation hineinbegeben.

HK: Was erwarten Sie von Rom, damit eine solche Situation vermieden werden kann? Gab es in jüngster Zeit auch Punkte, an den die konkrete Zusammenarbeit für Sie enttäuschend blieb?

Raiser: Der Vatikan hat in zunächst großzügiger Form die anderen Kirchen zur Beteiligung an der Feier des großen Jubeljahres, der Feier der Jahrtausendwende eingeladen. Es war sicherlich eine ehrliche ökumenische Geste des Papstes. Bezeichnend ist jedoch, daß man es katholischerseits für ausreichend hielt, daß die katholische Kirche die anderen einlädt, sich an einem von ihr geplanten und durchgeführten Programm zu beteiligen, statt von Beginn an zusammen zu planen. Als die katholische Kirche Nicht-Katholiken als Beobachter zum Zweiten Vatikanischen Konzil einlud, war dies eine sehr wichtige ökumenische Geste. Dreißig Jahre später aber haben wir in der ökumenischen Verflechtung der Kirchen einen Punkt erreicht, wo keine Kirche mehr in entscheidenden Fragen Schritte ohne Konsultation mit den anderen planen und vollziehen kann. Für diesen Prozeß der verbindlichen Konsultation untereinander müssen geeignete Formen gefunden werden.

HK: Sie haben dazu im Frühjahr dieses Jahres den Vorschlag eines allgemeinen christlichen Konzils gemacht. Wie realistisch sind die Chancen für einen solchen ökumenischen Akt?

Raiser: Ich habe bei einem Symposium in Trier vorgeschlagen, eine neue Form eines konziliaren Beratungsprozesses zu suchen. Dieser sollte es ermöglichen, daß die Kirchen das 21. Jahrhundert mit der Selbstverpflichtung beginnen, sobald wie möglich zu einem wirklich universalen Konzil zusammenzutreten und die noch zwischen ihnen bestehenden Fra-

gen zu klären, die Unterschiede zwischen ihnen zu überwinden und die sichtbare Gemeinschaft herzustellen. Ein Mitarbeiter des Päpstlichen Rates hat offiziell auf den Vorschlag geantwortet und darauf hingewiesen, daß dieser in seiner Intention durchaus dem entspricht, was der Papst in seinem Apostolischen Schreiben „Tertio millennio adveniente“ angedeutet hat. Dies ist zumindest eine Geste, die zeigt, daß es lohnenswert ist, über den Vorschlag genauer zu sprechen.

HK: Bei der Fünften Vollversammlung von „Glaube und Kirchenverfassung“ haben Sie die Hoffnung geäußert, das Jahr, in dem der ÖRK sein 50jähriges Jubiläum begeht, könne das Jahr der gegenseitigen Aufhebung der Lehrverurteilungen werden. Haben sie mit dem neuerlichen Vorschlag, die Kirchen sollten in einen Prozeß der verbindlichen Vorbereitung eines allgemeinen christlichen Konzils treten, ihre Erwartungen heruntergestuft?

Raiser: Nein, sicherlich nicht! In Santiago habe ich vor allem deutlich machen wollen, daß wir auf das Jahr 2000 nicht zu gehen können, ohne die ausdrückliche Absicht, einen erkennbaren Akt der Einheit zu vollziehen. Ein möglicher Inhalt eines solchen Aktes könnte die Aufhebung der Lehrverurteilungen sein. Inzwischen sind auch andere Vorschläge gemacht worden, etwa die ausdrückliche wechselseitige Anerkennung der einen Taufe. Ein zweiter Vorschlag betrifft die offizielle gemeinsame Bekräftigung des apostolischen Glaubens in den Worten des Bekenntnisses von Nizea-Konstantinopel in seiner ursprünglichen Fassung als einem gemeinsamen ökumenischen Symbol. Des weiteren wurde auch die Hoffnung geäußert, das neue Jahrtausend mit einem gemeinsamen Osterdatum beginnen zu können.

HK: Welche Bedeutung können innerhalb des ökumenischen Prozesses solche Akte erlangen, die eigentlich doch nur symbolischer Art sind?

Raiser: Für sich genommen sind sie nicht mehr als symbolische Akte. Sie alle aber haben die gleiche, wichtige Stoßrichtung, nämlich die, deutlich zu machen, daß die Einheit nicht nur *vor uns* liegt, sondern schon Realität *unter uns* ist. Diese Akte sollen zum Ausdruck bringen, daß die Kirchen im Begriff sind, dieser Einheit Gestalt zu geben. Daher rührte auch der modifizierte Vorschlag in Trier. Ich stelle mir einen solchen Akt wie eine Art „Verlöbniß“ vor. Es wird noch nicht gleich „geheiratet“, aber die Partner lassen sich auf einen verbindlichen, auch öffentlichen Akt der wechselseitigen Selbstverpflichtung ein, auch um zu bekräftigen, daß sie nicht mehr die Absicht haben, sich zu trennen.

HK: Welche Erwartungen haben Sie konkret an die Achte Vollversammlung? Welcher Impuls für den ÖRK auf dem Weg ins nächste Jahrhundert sollte von Harare ausgehen?

Raiser: Die Wahl des Ortes ist natürlich sehr bewußt geschehen. Dahinter steht die Überzeugung, daß sich die Ökumenische Bewegung noch entschiedener als in den letzten Jahrzehnten wird darauf einstellen müssen, daß sich das vitale Zentrum der Weltchristenheit in den Süden verlagert. Das Gesicht der christlichen Kirche wird immer weniger das weiße, europäische, traditionelle sein. Die Ökumene des 21. Jahrhunderts wird ohne die Präsenz der neuen Gestalten von Kirchen, der pfingstlich-charismatischen und afrikanisch-unabhängigen einerseits und der evangelikalen andererseits, nicht mehr denkbar sein. Auf die letztlich kulturellen Spannungen, denen wir damit ausgesetzt sind, auf diese Realität kultureller, aber auch religiöser Pluralität sind unsere Mitgliedskirchen noch nicht ausreichend vorbereitet. Ich sehe mit dem Übergang ins 21. Jahrhundert thematische Verschiebungen auf uns zu kommen, die wir bislang noch nicht voll erfaßt haben. Zu dieser Neuorientierung sollte die Vollversammlung Anstöße geben.

Wider die Frustration

Brauchen wir eine neue Gemeinsame Synode?

Der Haussegens in der katholischen Kirche der Bundesrepublik hängt zweifellos schief. An einer offenen und ehrlichen Auseinandersetzung über den weiteren Weg der Kirche führt jedenfalls kein Weg vorbei. Bräuchte es dazu einen neue Gemeinsame Synode nach dem Vorbild von Würzburg? Hanna-Renate Laurien, in Würzburg seinerzeit Präsidiumsmitglied, setzt sich mit dieser Frage auseinander.

Kirche, das belegt uns jede Umfrage, hat in der öffentlichen, noch weniger in der veröffentlichten Meinung kein hohes Ansehen. Bei der Jugend, das belegen alle seriösen Untersuchungen, stehen Parteien, Kirchen, Großunternehmen in der Skala mangelnden Vertrauens auf den negativen Spitzen-

plätzen. Wo wird sichtbar, was wir als Christen der Welt schulden?

Andererseits gibt es lebendige Gemeinden. Mag die Zahl der Gottesdienstbesucher abgenommen haben, unter denen, die zum Gottesdienst kommen, ist der Anteil Engagierter